

## 1. Begründung/Einleitung

Der Westbalkan ist politisch von zentralem Interesse für Österreich. Aufgrund der außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Priorität der Region Donauraum/Westbalkan für Österreich ist die Erstellung einer gesamtstaatlichen Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan als Ergänzung der Landesstrategien der Schwerpunktländer notwendig geworden. Die von Österreich unterstützte EU-Erweiterung am Westbalkan ist ein Beitrag zu Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum nicht nur in der Region, sondern auch für Österreich und die EU. Das außen- und wirtschaftspolitische Interesse Österreichs an der Region, mit der uns eine gemeinsame Geschichte verbindet, bleibt bestehen. Für die österreichische Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft gibt es eine Reihe von Instrumenten, die erfolgreiches Engagement in der Region erleichtern können. Angesichts des nach wie vor bestehenden ethnischen Konfliktpotentials bleibt unser sicherheitspolitisches Engagement in dieser Region ebenfalls aufrecht.

Die Regionalstrategie soll zusammen mit den bilateralen Landesstrategien aus den Zielen und Prinzipien des EZA-Gesetzes und des Entwicklungspolitischen Drei-Jahres-Programms der Bundesregierung strategische Schwerpunkte für das gesamtstaatliche Engagement der einzelnen Ressorts und EZA-Akteure abbilden. Als kleiner Geber und angesichts der angespannten Budgetsituation muss Österreich durch bessere Vernetzung aller staatlichen ODA-Akteure, Kräfte optimal bündeln, um die Wirksamkeit zu erhöhen und österreichische Aktivitäten und Potentiale stärker sichtbar zu machen. Diese optimale Nutzung von Synergien und Potentialen erfordert klare Schwerpunktsetzungen, die dann mittel- und langfristig neue integrative Projektansätze ermöglichen.

## 2. Geografischer Wirkungsbereich und Laufzeit der Strategie:

Der geografische Wirkungsbereich dieser Regionalstrategie erstreckt sich auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Während es bis 2010 noch 6 Schwerpunktländer der OEZA in der Region gegeben hat, verbleiben 2014 ganz im Sinne der Empfehlungen des OECD-DAC, der Eröffnung einer EU-Perspektive für die Partnerländer am Westbalkan und nach langjährigem, erfolgreichem Engagement auf dem Westbalkan und dem stufenweisen Rückzug der traditionellen bilateralen EZA aus der Region mit Albanien und Kosovo nur mehr zwei Schwerpunktländer. Diese Regionalstrategie ist Ausdruck einer neuen entwicklungsstrategischen Akzentsetzung und Neugewichtung zur inhaltlichen Weiterentwicklung und Effizienz der österreichischen Interventionen auf dem Westbalkan und dient gleichzeitig der Pilotierung des nächsten entwicklungspolitischen 3J-Planungszyklus der Bundesregierung ab 2016. Die Laufzeit der Regionalstrategie ist bis 2020 analog der EU-Westbalkanstrategie „Agenda für den Wandel“ und der darauf basierenden RCC-Entwicklungsstrategie 2020 angelegt. Sie sieht eine Mid-Term Review 2017 und gemeinsame Evaluierungen der Regionalstrategie durch die österreichischen EZA-Akteure in enger Konsultation mit den Partnerländern im Interesse einer entwicklungspartnerschaftlichen Zusammenarbeit und Koordination vor.

Die Republik **Moldau**, die seit 2004 OEZA-Schwerpunktland ist, hat eine „Brückenfunktion“ zwischen den beiden OEZA-Schwerpunktregionen Donauraum/Westbalkan und Schwarzmeerraum/Südkaukasus. Die Zuordnung der Moldau in die OEZA-Schwerpunktregion Schwarzmeerraum/Südkaukasus entspricht sowohl den entwicklungspolitischen Leitprinzipien des Dreijahresprogramms (3JP 2013 – 2015) und ihrer

Mitgliedschaft in der Östlichen Partnerschaft der EU ohne EU-Beitrittsperspektive. Regionale Projekte im Donauraum/Westbalkan können jedoch, einer langjährigen Praxis der ADA folgend, auch eine Landeskomponente Moldau aufweisen, wenn es sich im Hinblick auf die Mitgliedschaft der Moldau im Regionalen Kooperationsrat oder in der Zentraleuropäischen Initiative durch einen Mehrwert für die Region sachlich begründen lässt.

### 3. Entwicklungsstrategische Ziele:

Die Armutsbekämpfung ist das strategische Oberziel der OEZA-Aktivitäten in der Region im Sinne des EZA-Gesetzes.

Die Entwicklungsreformpartnerschaft mit den 6 Ländern am Westbalkan basiert auf folgenden 3 entwicklungspolitischen Zielen:

1. Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, Aussöhnung zwischen den Ländern und Volksgruppen und Vertiefung der Kenntnisse der Bürger über die EU;
2. Heranführung an EU-Standards und Unterstützung bei der Umsetzung des Acquis Communautaire : Unterstützung für demokratische Einrichtungen, Verwaltungsreform, Wirtschaftsreformen, Privatsektorentwicklung, Förderung der Zivilgesellschaft;
3. Verbesserung des Images der Westbalkan- Länder in der österreichischen Öffentlichkeit und Vertiefung der Kenntnisse über das OEZA-Engagement in der Region.

### 4. Thematische Schwerpunkte:

Die OEZA verfolgt am Westbalkan zwei thematische Schwerpunkte:

- a. Wirtschaft und Beschäftigung: Fokus Beschäftigung
- b. Regierungsführung: Institutionenaufbau im Kontext EU-Integration

Querschnittsthemen: Geschlechtergleichstellung und Umwelt

Der Fokus von **Wirtschaft und Beschäftigung** ist auf die nachhaltige und sozial inklusive wirtschaftliche Entwicklung und auf die Verbesserung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Förderung von Beschäftigung, insbesondere zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit, sowie auf die Führung eines sozialen Dialogs in den Ländern der Region Donauraum/ Westbalkan gerichtet. Ein weiterer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bringt auch eine erhöhte Armutsgefährdung mit sich. Österreich kann dabei nicht nur auf seine international anerkannte Berufsbildungskompetenz zurückgreifen, sondern in Zusammenarbeit mit der ebenfalls auf die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit am Westbalkan fokussierten Weltbank, der EU und dem RCC seine komparativen Stärken innerhalb der Gebergemeinschaft zur Geltung bringen.

Beschäftigung, insbesondere auch der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, sind essentielle Faktoren für Frieden und Sicherheit in der Region (WDR 2011). Dies entspricht auch einem der 5 Ziele des in Busan verabschiedeten „New Deal for Engagement in Fragile States“. Durch diese Priorisierung in der OEZA leistet Österreich einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität in der Region.

In den Bereichen **Bildung und Berufsbildung**, die eine Schlüsselrolle für die Armutsbekämpfung, den sozialen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung der Länder dieser Region spielen, werden gezielte bilaterale Maßnahmen besonders im Bereich arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Jugendbeschäftigung, sowie das Engagement zur Förderung von Netzwerken und der regionalen Zusammenarbeit auf dem Westbalkan und im Donauraum fortgesetzt. Das Ziel ist die Stärkung regionaler und transnationaler Zusammenarbeit im Bereich allgemeiner und beruflicher Bildung, insbesondere im Rahmen

der EU-Strategie für den Donauraum/EUDRS und von der Bildungsreforminitiative für Südosteuropa/ERI SEE sowie die Entwicklung von arbeitsmarktrelevanten Berufsbildungs- und Weiterbildungsangeboten. Im Bereich **Höhere Bildung** liegt der Fokus des BMWFW auf dem Aufbau von Kooperationen zur weiteren EU-Integration und vor allem auf der Integration der Westbalkanländer in den Europäischen Hochschulraum (EHEA, European Higher Education Area) und den Europäischen Forschungsraum (ERA, European Research Area) sowie auf die Exzellenz- und Kapazitätsbildung und die Errichtung eines regionalen Forschungsförderungsfonds.

Der Bereich **Rechtsstaatlichkeit** gehört im Kontext der EU-Heranhilfe der Westbalkanstaaten zu den Schlüsselbereichen, dem bis 2020 von Österreich (Bundesministerium für Justiz und Bundesministerium für Inneres) in Zusammenarbeit mit der EU, dem Europarat und der OSZE verstärktes Augenmerk durch den Einsatz österreichischer Rechtsexperten, womöglich auch durch einen regional agierenden Justizattaché, Rechnung zu tragen ist. Die Aufstellung und laufende Adaptierung eines Expertenpools und die politische Unterstützung für den Einsatz österreichischer Experten in der Region ist daher ein wichtiger Beitrag für ein verstärktes Engagement Österreichs in der Region. Ein Prinzip der österreichischen Außenpolitik ist der Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Dieser Grundsatz fließt in alle Tätigkeiten Österreichs gegenüber Drittstaaten ein. Mit der Entwicklungszusammenarbeit leistet Österreich dazu einen aktiven Beitrag. Der menschenrechtsbasierte Ansatz ist als Grundprinzip im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013 – 2015 ausdrücklich festgeschrieben. Das bedeutet, dass EZA-Programme und Projekte die menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation, Nicht-Diskriminierung, Rechenschaftspflicht und Transparenz umsetzen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Nichtdiskriminierung/besonders verletzte und sozial benachteiligte Gruppen, Rule of Law/Rechtsstaatlichkeit und Aufbau von Pluralismus und Zivilgesellschaft gelegt.

Österreichs Engagement zur Stärkung der Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung und Stabilität in fragilen Situationen ist sowohl im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013 – 2015 als auch im strategischen Leitfaden Sicherheit und Entwicklung festgeschrieben. Österreich setzt verstärkt einen Schwerpunkt auf Mediation und Versöhnung sowie auf die Förderung von Dialog und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Minderheiten oder ethnischen Gruppen in der Region.

Die durchgehende Berücksichtigung einer Gleichstellungsperspektive ist für die Erreichung der Zielsetzungen im Westbalkan insbesondere auf wirtschafts- und entwicklungspolitischer Ebene wesentlich. Trotz erzielter Verbesserungen sind Frauen sowohl quantitativ wie auch qualitativ in Entscheidungsfindungsprozessen unterrepräsentiert. Obwohl **Gleichstellung** von Männern und Frauen „de jure“ vielfach erreicht ist, haben Frauen in der Praxis oft weniger Zugang zum (formalen) Arbeitsmarkt, zu Land, und auch zu Rechtsmitteln und Kompensation im Falle erlittener Verbrechen. Das gilt auch für Minderheiten basierend auf ethnischer Herkunft, LGBT Personen sowie Menschen mit Behinderungen. Maßnahmen zur Prävention insbesondere von geschlechtsbasierter Gewalt in Kooperation mit der Zivilgesellschaft inkludieren unter anderem innovative Strategien zur Miteinbeziehung von Männern, um Geschlechterrollen mittelfristig zu transformieren.

Im Bereich Heranhilfe an die EU liegt ein Schwerpunkt im Bereich Umwelt, da Umweltaspekte ca. 20% des zu übernehmenden Aquis darstellen. Gleichzeitig wird unter dem Aspekt der Versöhnung und des Dialoges der regionale Austausch im Umweltbereich gefördert und zum Abbau von Konfliktpotential aufgrund von grenzüberschreitenden Umweltproblemen beigetragen.

Beim **Schwerpunkt Governance und gute Regierungsführung** sind der Austausch und die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft für die Effektivität, Rechenschaftslegung und die Transparenz essentiell. Der Demokratisierungsaspekt ist für eine erfolgreiche EU-Integration

der Westbalkanstaaten in Zukunft stärker zu betonen, wobei auch die für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit zuständigen Ressorts gemeinsam mit den NROs eine wichtige Rolle spielen sollten. Bei allen Programmen und Projekten in der Region sind die Querschnittsthemen Gender Equality/ Geschlechtergleichstellung und Umwelt aktiv anzusprechen.

Ein gut funktionierender öffentlicher Sektor, der Prinzipien wie Transparenz und Partizipation achtet und den BürgerInnen gegenüber Rechenschaft ablegt, eine lebendige Zivilgesellschaft, die die Bedürfnisse der Ärmsten vertritt und die allgemeinen Menschenrechte einfordern kann, sowie Rechtssicherheit tragen wesentlich zur sozioökonomischen Entwicklung der Westbalkanländer und somit zu menschlicher Sicherheit, Armutsminderung und Umweltschutz bei. Die Förderung von guter Regierungsführung und der Einhaltung der Menschenrechte sind daher für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in allen Arbeitsbereichen und für alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure von grundlegender Bedeutung.

#### 5. **Schwerpunktländer Albanien und Kosovo:**

In beiden OEZA-Schwerpunktländern **Kosovo**, mit dem österreichischen Fokus auf Hochschulbildung, ländliche Entwicklung und die Förderung des Privatsektors, und **Albanien**, mit den thematischen Schwerpunktbereichen des österreichischen Engagements auf den Gebieten Wasser und Berufsbildung sowie in beiden Ländern als Querschnittsmaterie *Governance* (Kapazitäten- und Institutionenaufbau), Umwelt und Geschlechtergleichstellung wird die anerkannte österreichische Expertise in der Umsetzung von gemeinschaftlichen EU-Programmen, aber auch in der Regionalentwicklung (Nordalbanien) genutzt. Mit beiden Schwerpunktländern hat Österreich ein bilaterales EZA-Abkommen (Albanien: 3.6.2008; Kosovo: 9.10.2009) und eine Landesstrategie (Kosovo: 2013 – 2020) abgeschlossen. Eine Landesstrategie Albanien ist ebenfalls geplant.

Berufsbildung (Vocational Education and Training/VET) ist und war immer ein Schwerpunkt des österreichischen Engagements (ADA und BMBF/Kulturkontakt) am Westbalkan. Österreich zählt im Schwerpunktland Albanien zu den VET-Hauptakteuren und trägt mit einem Finanzierungsmix von Grants und mit den Wirtschaftspartnerschaften essentiell zu den Reformen in der Berufsbildung u.a. mit der Förderung der dualen Ausbildung bei. Die Hauptmotivation dieser österreichischen VET-Interventionen besteht in der Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit durch eine praxisnahe, arbeitsmarktorientierte und qualitativ hochwertige Ausbildung und leistet dadurch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der EU, Schwedens und der Schweiz wurde in Albanien ein Integriertes Planungssystem eingeführt, weiterentwickelt und umgesetzt. Dadurch wird die Effizienz der öffentlichen Verwaltung verbessert und die Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben gesteigert. In speziellen Trainings werden die MitarbeiterInnen der Ministerien in Organisationsentwicklung, Budgetgestaltung, Ausgabenkontrolle und Personalplanung geschult. Verbesserte Planungsmethodik, Politikformulierung und Prioritätensetzung sowie gesteigerte interministerielle Koordination verhindern Doppelgleisigkeiten und erlauben, Investitionen effektiver und effizienter zu planen. Das Integrierte Planungssystem wird auch die Effektivität der Gebergelder steigern. Dieses Best Practice Modell eines integrierten Planungssystems sollte auch in den anderen Westbalkanstaaten angewendet werden.

#### 6. **Strategischer Bezugsrahmen:**

Österreich und die EU können ihre Erfahrungen mit regionaler Kooperationsarchitektur und ihre grundsätzlich starke Unterstützung für multilaterale Lösungsansätze einbringen, insbesondere auch die Rolle der OSZE als Modell für erfolgreiche Konfliktlösungen in Europa. Der EU-Beitritt der Westbalkan-Länder setzt eine Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und lebendiger Zivilgesellschaft, den Kernaufgaben von OSZE, Europarat und den Vereinten Nationen (insbesondere UNDP und UNICEF) als logische Partner Österreichs in der Region voraus. Der besondere Fokus Österreichs auf den Europarat und die OSZE, die durch den Ansatz der umfassenden Sicherheit die EU ergänzen und einen konkreten Mehrwert für die Region schaffen, ist wegen der weitgehend identen geografischen und thematischen Schwerpunkte sowie der engen Zusammenarbeit und der Interessen als Sitzstaat naheliegend. Der Balkan-Schwerpunkt der OSZE bringt eine starke regionale und subregionale (Field Missions) Präsenz in allen 6 Westbalkan-Ländern mit sich und stellt auch einen Mehrwert für die umfangreiche diplomatische und außenwirtschaftliche (WKÖ) Präsenz Österreichs in der Region dar. Aber auch mehrere Fachressorts wie das Bundesministerium für Inneres, das Bundesministerium für Bildung und Frauen (Kulturkontaktnetzwerk), das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, und das BMLFUW (incl. Agenturen: Umweltbundesamt, AGES, AMA...) sind mit einem breiten Vertretungsnetz in der Region sowohl für die bilaterale Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Partnerländern als auch für die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und engeren Vernetzung der Akteure in den 6 Westbalkanstaaten vertreten. Die Österreichische Kulturvereinigung ist mit einem Regionalbüro für Wissenschaft und Kultur in Sarajewo vertreten und dient auch den Fachressorts als Anlauf- und Servicestelle in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und interkultureller, interreligiöser Dialog.

Durch die Stärkung der regionalen Beziehungen und der wirtschaftlichen Integration, durch die Förderung von offenen Grenzen, menschlichen Kontakten und gegenseitiger Abhängigkeit und durch die regionale Zusammenarbeit zwischen den Behörden, insbesondere im Justiz- und Polizeisektor und im Krisen- und Katastrophenschutzmanagement, wird die Stabilität und Sicherheit aller Staaten der Region, aber auch Europas insgesamt durch gemeinsame und von Österreich durch Ausbildungsmaßnahmen unterstützte verstärkte Bekämpfung von Korruption, organisierter Kriminalität und Wirtschaftsverbrechen besser gewährleistet.

Eine moderne öffentliche Verwaltung und ein gesunder Staatshaushalt sind unabdingbare Voraussetzungen für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben eines Staates. Eine moderne öffentliche, nach den Prinzipien von Kohärenz, Kostenwirksamkeit und Transparenz geführte Verwaltung spielt dafür eine wesentliche Rolle.

#### **6.1. Partner:**

Österreich muss seine Rolle als zentraler Akteur am Balkan und als Anwalt für eine aktive Balkanpolitik der internationalen Gemeinschaft und - ganz besonders der Europäischen Union - beibehalten bzw. in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten EU-Partnern wie Slowenien, Kroatien und den 4 Visegrad-Staaten sowie auch mit der Schweiz weiter stärken. Der Aufbau von funktionierenden rechtsstaatlichen Strukturen, die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und der Zivilgesellschaft unterstützen die Entwicklungspartnerschaft mit

den 6 Ländern am Westbalkan. Die EU-Donauraumstrategie bietet einen förderlichen strategischen Rahmen. Regionale Organisationen wie der Regionale Kooperationsrat/RCC mit Sitz in Sarajewo oder die Zentraleuropäische Initiative/ZEI mit Sitz in Triest sowie die OSZE und der Europarat, an denen Österreich aktiv teilnimmt, gehören neben der EU, der EBRD, EIB, der Weltbankgruppe und den Vereinten Nationen zu den wichtigsten multilateralen Akteuren in der OEZA-Schwerpunktregion Donauraum/Westbalkan. Die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft und die Einbindung des Privatsektors und der umfangreichen Diaspora aus dem Westbalkan in Österreich und anderen europäischen Ländern gehören neben einer weiterhin aktiven EU-Politik gegenüber dem Westbalkan und der Aufrechterhaltung einer glaubhaften EU-Integrationsperspektive zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Regionalstrategie. Alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure verpflichten sich im Interesse der Kohärenz und des gesamtstaatlichen Auftrages der Regionalstrategie zur entwicklungspolitischen Strategiekoordination und zum kontinuierlichen Informationsaustausch über die in der Region geplanten und in Umsetzung befindlichen Entwicklungsprojekte.

Die ADA als Bundesagentur für Entwicklungszusammenarbeit, die für regionale Ausbildungsprogramme für die Region Donauraum/Westbalkan schon bisher aktive Diplomatische Akademie, die Anti-Korruptionsakademie in Laxenburg, die Universitäten und Fachhochschulen und zahlreiche Tourismusfachschulen in Österreich und auch die österreichischen Bundesländer, Städte, Gemeinden und die NROs leisten ihren Beitrag zur Entwicklung der Region.

Das Bekenntnis der OEZA zu den Zielen und Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, wie diese unter anderem in der Pariser Deklaration festgehalten wurden und in der Accra Agenda for Action, den Empfehlungen von Busan zu wirksamer Entwicklungszusammenarbeit und der Erklärung von Mexiko City zur globalen Partnerschaft für Entwicklung zum Ausdruck kommen, liegt der Strategieentwicklung zugrunde. In diesem Sinne ergänzt die OEZA ihre bilateralen Landesstrategien in den beiden Schwerpunktländern Albanien und Kosovo, aber auch in den anderen 4 Westbalkanländern, die bis 2010/2011 ebenfalls OEZA-Schwerpunktländer gewesen waren, um einen regionalen Ansatz und stimmt ihre Schwerpunkte und Prioritäten mit der EK sowie anderen bilateralen und multilateralen (IFIs, Vereinte Nationen) Gebern und regionalen Institutionen wie dem RCC, der ZEI, der EUDRS, der OSZE und dem Europarat ab.

Das österreichische Engagement auf dem Westbalkan ist in Bezug auf seine Länderkomponenten bestmöglich auf die nationalen Entwicklungsstrategien (Local Ownership) mit den jeweiligen Regierungen der Westbalkanländer abzustimmen.

## **6.2. Instrumente:**

Im Einklang mit dem außen- und entwicklungspolitischen Fokus auf den geografischen Schwerpunkt Donauraum/Westbalkan steht die entsprechende Dotierung durch die ADA-Regionalbudgetlinie. Es ist beabsichtigt, gemäß budgetären Möglichkeiten jährlich 4 Mio € dafür vorzusehen. Die Weiterführung des Länderschwerpunkts Albanien neben Kosovo und der verstärkte Ausbau der Zusammenarbeit mit NROs und Wirtschaftspartnerschaften sind weitere Elemente zur Operationalisierung der Strategie. Komplementär dazu steht die Stärkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors in den Partnerländern am Westbalkan, um NRO-Kooperationen und Wirtschaftspartnerschaften zu erleichtern.

Regionalentwicklungsprogramme stehen im Einklang mit den Kriterien, die für die EU-Heranzuführung erfüllt werden müssen und sollen regionale Ungleichheiten aufheben. Die durch die Regionalentwicklungsprogramme neu eingerichteten Strukturen sollen dafür sorgen, dass zukünftige EU-Mittel für Regionalentwicklung effektiv und transparent umgesetzt werden.

Die vom BMEIA zu koordinierende **Einrichtung von Expertenpools** in allen österreichischen Schwerpunktbereichen in der Region Donauraum/Westbalkan innerhalb der in der Region aktiven Fachministerien und die engere Vernetzung der Vertretungsbüros der Ressorts in der Region und deren Koordinierung durch die österreichischen Botschaften in den 6 Westbalkanländern ist im Interesse der Kohärenz aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in Österreich und in der Westbalkanregion notwendig. Die Expertenpools sollen vor allem österreichische Bewerbungen um EU-Twinning und TAIEX-Projekte sowie den Einsatz von Konsulenten auf Wunsch der Regierungen der Partnerländer erleichtern. Der regelmäßige interministerielle Informationsaustausch und die Nutzung der Vernetzung der österreichischen Aktivitäten in der Region dienen dem Kohärenzziel und dem resultatsorientierten gemeinsamen Fokus auf die für Österreich wichtigste außen- und entwicklungspolitische Region. Gemeinsames Handeln in Österreich, in der EU – die europäische Einigung als erfolgreichstes Friedensprojekt und Modellbeispiel für die Reformfördernde EU-Integrationsperspektive der 6 Westbalkanländer – und in der Region ist für die Vollendung des Einigungswerkes am Westbalkan nach den erfolgreichen EU-Beitritten Sloweniens 2004 und Kroatiens 2013 unabdingbar.

Die ADA wickelt bereits jetzt Gelder des Lebensministeriums und der Österreichischen Entwicklungsbank ab und finanziert einzelne Regionalprojekte von Fachressorts wie z.B. das vom Ludwig Boltzmann-Institut für Menschenrechte im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres/Bundeskriminalamt durchgeführte ILECU-Programm. Die ADA soll im Interesse der Kohärenz in Zukunft verstärkt die Aufgabe einer Bundesagentur und Servicestelle aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in der Region übernehmen. Dafür bedarf es jedoch einer mehrjährigen Budgetsicherheit, um eine Planungssicherheit im Sinne dieser Regionalstrategie und zugunsten einer gemeinsamen Programmierung der Gebergemeinschaft, insbesondere im Rahmen der EU, zwecks Nutzung des regionalen Mehrwerts zu haben.

### 6.3. EU- und multilaterale Zusammenarbeit:

Die Europäische Kommission definiert mit den Bereichen Wirtschaftliche Governance, Rechtsstaatlichkeit, Funktionsfähigkeit demokratischer Strukturen, Grundrechte und Bilaterale Fragen/Vergangenheitsbewältigung **fünf Herausforderungen** für die Zukunft der Region Donauraum/Westbalkan. Erstmals wird **Wirtschaftliche Governance / Wettbewerbsfähigkeit** als **zentrale Herausforderung** eingestuft. Im Grundrechtebereich verfolgt die EK eine Fokussierung auf die Themen **Meinungsfreiheit, Roma und LGBTI-Personen**.

Die strategische Ausrichtung der EU-Entwicklungspolitik 2014 bis 2020 wird durch die „Agenda für den Wandel“ definiert, die folgende inhaltliche Schwerpunkte hat: 1) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung und 2) breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung.

**Rechtsstaatlichkeit** ist weiterhin eine Priorität für die EU. In den meisten Erweiterungsländern bedarf es ehrgeiziger **Justizreformen**, Defizite bestehen insb. in Ernennungs- und Beurteilungsverfahren von Richtern und in strengeren Rahmenregelungen für die Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität. Die geplanten EK-Vorhaben in diesem Bereich umfassen die frühe Behandlung der Kapitel 23 *Judikative und*

*Grundrechte* sowie Kap. 24 *Recht, Freiheit und Sicherheit* im Beitrittsprozess, die Sicherstellung der Koordinierung einschlägiger Stellen wie Europol, Eurojust und Frontex als auch die Förderung von Reformen im Justizbereich durch IPA II Programme.

Die EK-Unterstützung der EU-Annäherung der Westbalkanstaaten erfolgt durch das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens im Indikativen Mehrländerstrategiepapiers 2014 – 2020 sowie unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen und durch die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen (good governance). Geschlechtergleichstellung und Umwelt werden mit Projekten auch direkt gestärkt. Desgleichen liegt ein starker inhaltlicher Fokus auf Menschen-/Kinderrechten. Die OEZA orientiert sich bei der Zusammenarbeit in dieser Region vor allem an der erklärten Zielsetzung aller Länder der Region, den Transformationsprozess mit der Integration in die EU-Strukturen abzuschließen. Mit regionalen Aktivitäten soll in erster Linie ein Beitrag zur Verbesserung der Kooperation der Länder des Westbalkans in den Schwerpunktbereichen geleistet werden. Die Lösung von regionalen Problemstellungen steht dabei im Mittelpunkt aller Maßnahmen.

*Den Busan-Empfehlungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit* wird u.a. durch die *konsequente Stärkung der Kapazitäten in der Region*, durch Beiträge zu Multi-Donor Initiativen wie den Trust Fund der Weltbank ‚Labour Markets, Job Creation, and Economic Growth‘, Unterstützung der Zentraleuropäischen Initiative/ZEIn Initiative, weiters durch Vermittlung von EU-Integrations-Know-how entsprochen. Auch die Förderung des UN Women Schwerpunktes ‚Gender Responsive Policies‘ der UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (UN WOMEN) oder des UN Children's Fund (UNICEF) zur Verbesserung der frühkindlichen Entwicklung von benachteiligten Gruppen baut auf bereits bestehenden Aktivitäten dieser UN-Organisationen auf und vertieft ihre Wirkung.

#### 6.3.1. **EU-Twinning**

Österreich hat bisher insgesamt 52 EU-Twinning Projekte in den 6 Westbalkanstaaten durchgeführt (Stand: Juni 2014). Alleine im 28. EU-Mitgliedsland Kroatien wurden vor allem vom Bundesministerium für Inneres, vom Bundesministerium für Finanzen und vom Umweltbundesamt insgesamt 41 EU-Twinning Projekte durchgeführt: Österreich hat damit einen maßgeblichen Beitrag zum EU-Beitritt Kroatiens und zur EU-Heranführung der 6 Partnerländer in der OEZA-Schwerpunktregion Donauraum/Westbalkan geleistet. Im Bereich Umwelt ist Österreich das erfolgreichste Partnerland am Westbalkan. Die Regionalstrategie soll daher auch ein stärkeres Interesse der Fachressorts und österreichischer ExpertInnen an der Bewerbung um EU-Twinnings fördern, um damit einen substantiellen Beitrag zur EU-Heranführung der Westbalkanländer im Interesse einer zukunftsorientierten Netzwerkbildung mit den lokalen ExpertInnen in der Region und zwecks Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit zu leisten.

#### 6.3.2. **Delegierte Kooperationen**

Die EU Kommission kann über „Indirect Management (IM)“ Haushaltsvollzugsaufgaben an EUMS übertragen. Die ADA hat sich 2008 in einem EU Prüfverfahren als eine der akkreditierten nationalen Agenturen qualifiziert. Im Gegenzug übertragen auch europäische Agenturen die Abwicklung gemeinsamer Projekte an die Europäische Kommission. Die ADA führt derzeit (Stand: Juni 2014) in der Region Donauraum/Westbalkan in delegierter Kooperation mehrere IM-Projekte durch: Drei in Albanien, wo die IPA-Programmierung, die Finanzverwaltung und der Wasser- und Abwasserbereich unterstützt werden, und eines in Serbien (Projektbudget: 19,5 Mio €), wo es um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Gemeinden, um die Stärkung des Tourismus entlang der Donau und um den Aufbau von Infrastruktur geht. Im Kosovo befindet sich ein IM-Projekt noch in der Vorbereitungsphase,

welches den Bildungssektor (Berufsbildung sowie Hochschulbildung) mehr auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abstimmen soll. In Moldau erhalten durch das Engagement der EU, der ADA und der Schweiz insgesamt 23.000 Menschen eine neue Trinkwasserversorgung (Projektvolumen Nisporeni: 11 Mio €). Österreich als kleiner Geber hat aufgrund der positiven Erfahrungen bisher mit delegierter Kooperation allen Grund, verstärkt in den nächsten Jahren auf die Lukrierung von IM-Projekten, aber auch EU-Twinning zu setzen, um Synergien mit der EU und anderen Gebern zu nutzen und in Schwerpunktbereichen, in denen einzelne Ressorts mit einem entsprechenden Vertretungsnetzwerk in der Region konkrete Expertise und Knowhow einbringen und den Westbalkanstaaten zur Verfügung stellen können, IM-Projekte aktiv zu betreiben.

#### **6.4. Regionale Zusammenarbeit**

*Die Förderung der regionalen Zusammenarbeit* ist das Hauptziel des Regionalen Kooperationsrats (RCC) mit Sitz in Sarajewo. Die RCC- Strategie SEE 2020, "Jobs and Prosperity in a European Perspective" orientiert sich nach der EU-Westbalkan-Strategie 2020 "Agenda für den Wandel". Die RCC-Strategie verfolgt einen holistischen Entwicklungsansatz für die Region und fördert die langfristigen Wachstumsakteure wie Innovation, Skills und die Integration des Handels (Integrated growth, smart growth, sustainable growth, inclusive growth und governance for growth), die alle von zentraler Bedeutung für den sozio-ökonomischen Politikrahmen in den Westbalkanstaaten sind und gleichzeitig wesentliche Elemente im EU-Beitrittsprozess darstellen. Die regionale Zusammenarbeit hat die Förderung gutnachbarlicher Beziehungen und der lokalen Entwicklung der Grenzregionen durch die Umsetzung grenzüberschreitender Programme innerhalb der Region und mit den EU-Mitgliedstaaten sowie von Programmen für transnationale Zusammenarbeit und damit zusammenhängenden makroregionalen Programmen (Strategien der EU für die Donauregion/EUDRS und für die Region Adria-Ionisches Meer, in gewissen Maße auch für die künftige Alpenraumstrategie) sowie die Unterstützung von Initiativen zur Förderung der Aussöhnung zwischen den Westbalkanstaaten und deren Vergangenheitsbewältigung zum Ziel und Inhalt. Neben dem RCC gibt es noch einige andere regionale Initiativen wie die Zentraleuropäische Initiative/ZEI , die einen regionalen Westbalkanschwerpunkt verfolgen.

#### **7. Kohärenz**

Im Interesse einer größtmöglichen Kohärenz ist die politische Unterstützung für die Regionalstrategie Donaauraum/Westbalkan durch die gesamte Bundesregierung und insbesondere durch alle in der Region mit konkreten Projekten und Regionalprogrammen engagierten FachministerInnen (political commitment) notwendig. Die Stärkung und Erweiterung des Entwicklungspolitischen Beirats zu einem österreichweiten Kohärenzzentrum, die Einbindung der Zivilgesellschaft (NROs), der Wirtschaft (Privatsektorentwicklung) und der wichtigsten Vertreter der Diaspora der Westbalkanländer in Österreich in die Strategieentwicklung und –umsetzung ist ebenso zwingend erforderlich wie eine entwicklungspolitische Bildungsinitiative, um das allgemeine Wissen über die Region Donaauraum/Westbalkan in der österreichischen Öffentlichkeit zu verbessern, um das entwicklungsstrategische Ziel einer nachhaltigen Verbesserung des Images der Region in Österreich und damit die Zustimmung für den EU-Beitritt der Westbalkanländer innenpolitisch positiv zu beeinflussen. Zur Erreichung des Kohärenzziels wird eine interministerielle Koordinierungsplattform für die Umsetzung der Regionalstrategie unter Einbindung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure gebildet und vom BMEIA zu halbjährlichen Tagungen einberufen.

##### **7.1. Innerstaatliche Koordinierung**

Für die Entwicklung von Regional- und Landesstrategien ist die Sektion VII des BMEiA zuständig, wobei Fragen der Kohärenz des Programms mit außenpolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekten in Bezug gestellt und die

Koordination mit anderen Ressorts und Gebietskörperschaften beachtet werden. Eine flexible Koordinationsstruktur von Länder- bzw. Regionalteams vernetzt die Arbeit des BMeiA und der für den operativen Bereich zuständigen ADA sowie von österreichischen Vertretungsbehörden und den ADA-Koordinationsbüros (KOBÜ) in Tirana und Pristina (und gegebenenfalls: Chisinau) und dem Projekt-Büro Belgrad mit den zuständigen Stellen der Partnerländer und relevanten staatlichen und privaten Entwicklungspartnern. Grundlage der Koordination bilden die Halbjahresberichte der KOBÜs gemäß dem zwischen ADA und BMeiA vereinbartem Berichtsformat, die laufende Berichterstattung der Botschaften und des Vertretungsnetzwerks der Fachressorts und der Wirtschaftskammer Österreich in der Region. Für die Umsetzung des Programms und die Qualitätssicherung sind die ADA und die Projektkoordinatoren der Fachressorts verantwortlich.

Eine Midterm-Review der Regionalstrategie wird für 2017 in Aussicht genommen. Dabei sollen gemeinsam resultatorientierte Indikatoren eruiert und ein präziser Wirkungsrahmen abgesteckt werden. Als Modalitäten der Zusammenarbeit kommt für die Entwicklung der Region ein effizienter Mix verschiedener Finanzierungsinstrumente zum Tragen: Programm- und Projektförderungen, Zusammenarbeit mit internationalen und Regionalorganisationen und Förderungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie eine stärkere Einbindung des Privatsektors und der Diaspora im regionalen Kontext. Die enge Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Gebern (EK bzw. die EU-Delegationen vor Ort, Weltbank, EBRD, EIB, Vereinte Nationen etc.) und die künftige gemeinsame Programmierung in Koordination mit den jeweiligen Partnerländern ist im Sinne einer größtmöglichen Kohärenz notwendig.

## **8. Die wirtschaftliche Lage der Region Donauraum/Westbalkan**

Bis zum Jahr 2008 zählte die Region Donauraum/Westbalkan mit durchschnittlichen Wirtschaftswachstumsraten von über 5 % zu den dynamischsten Regionen der Welt. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise beendete diesen Aufholprozess der Westbalkanländer gegenüber der EU und führte zu einem beträchtlichen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Die Einkommen sind dadurch im Vergleich zum EU-Schnitt wieder gesunken.

Es kam weiters zu einem Einbruch der ausländischen Direktinvestitionen und zu einer restriktiven Kreditvergabe der zum Großteil in ausländischem, hauptsächlich österreichischem und italienischen Eigentum befindlichen Banken in der Region, die weiterhin von einem großen Nachholbedarf in vielen Bereichen, insbesondere bei der Verkehrs- und Umweltnfrastruktur gekennzeichnet ist. Während für österreichische Unternehmen die geografische Nähe, die gut ausgebildeten Arbeitskräfte, niedrige Lohnkosten und vergleichsweise günstige Unternehmensbesteuerung attraktiv sind, bilden die Problembereiche Korruption, Rechtsunsicherheit, ineffektive Verwaltung, Behördenwillkür, ein schwerfälliger Justizapparat, undurchsichtige Auftragsvergaben und die politische Instabilität Hindernisse für verstärkte Investitionen in die Errichtung von Produktionsstätten und den Ausbau der Handelsbeziehungen.

Durch die Flutkatastrophe 2014 wurden BuH und Serbien neuerlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Drittel der Haushalte am Westbalkan lebt in Armut, 9% in extremer Armut, was in beiden Armutskategorien doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt ist. Ein Viertel der Arbeitssuchenden ist ohne Arbeit und nur die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung übt eine Tätigkeit aus. Davon sind vor allem Jugendliche betroffen und die Westbalkanländer haben eine der weltweit höchsten Raten von Jugendarbeitslosigkeit. Alle Länder außer Kosovo haben eine schrumpfende Einwohnerzahl und gleichzeitig alternde Bevölkerung, die von einer hohen Emigration (ca. ein Viertel der Bevölkerung) von Arbeitsfähigen gekennzeichnet ist. Das stellt die Region vor eine große Herausforderung hinsichtlich der Absicherung nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums und nachhaltiger sozialer Programme wie Pensionen. Als Gegenmaßnahmen hat die Weltbank, deren Regionalbüro für Südosteuropa in Wien ist, den Regierungen der Westbalkanstaaten folgende vier Prioritäten genannt:

Wiederherstellung der makroökonomischen und fiskalen Stabilität, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Zusammenarbeit, Steigerung der Fähigkeiten und Produktivität vor allem der Jugendlichen und verstärktes Engagement der Regierungen in diesen Prozessen und die Reduzierung von Korruption. Um an die EU anzuschließen bräuchte die Region laut Weltbank ein jährliches Wachstum von 6% bis 2040.

#### **8.1. Die Rolle Österreichs:**

Das gesamtstaatliche österreichische Engagement in den sechs Westbalkanstaaten von 1990 bis 2012 beläuft sich laut den an die OECD-DAC gemeldeten ODA-Leistungen auf insgesamt USD 9,28Mrd, d.s. ca. 6,8 Mrd €. Dazu kommen noch Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in den 6 Westbalkanstaaten im selben Zeitraum von Euro 26,152Mrd, wodurch Österreich der größte Investor in Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden EU-Partnerländern Slowenien und Kroatien ist und neben Deutschland und Italien zu den bedeutendsten Auslandsinvestoren in der Region gehört. Die österreichischen Exporte in die Westbalkanländer haben von 1995 bis 2013 ein Volumen von Euro 13,297Mrd. erreicht.

#### **9. Ziele, Resultate, Indikatoren**

Die beigeschlossene Matrix 2015 zum 3JP enthält die Ziele, Resultate und Indikatoren der Region Donauraum/Westbalkan und der beiden OEZA-Schwerpunktländer Albanien und Kosovo. Die laufende jährliche Anpassung der regionalen und landesspezifischen Ziele, Resultate und Indikatoren nach Maßgabe der budgetären Rahmenbedingungen und zur Erreichung des Kohärenzziels und eines gesamtstaatlichen Ansatzes erfolgt durch die vom BMEIA gemeinsam mit der ADA einzuberufende interministerielle Koordinierungsplattform durch alle staatlichen und nichtstaatlichen österreichischen Akteure am Westbalkan sowohl für die Umsetzung der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan als auch für die kontinuierliche Weiterentwicklung des 3J-Planungszyklus der Bundesregierung ab 2016.